



Protokollauszug zum WIRTSCHAFTSAUSSCHUSS

am Dienstag, 09.12.2025, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Haushaltsplan 2026 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2025-2029	Vorl.Nr. 316/25
-------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung des Wirtschaftsausschusses, begrüßt alle Anwesenden und gibt vor Eintritt in die Tagesordnung bekannt, dass TOP 2 abgesetzt und vertagt werde. Anschließend ruft er Tagesordnungspunkt 1.1 auf.

TOP 1.1	- Änderungsverzeichnis (Vorberatung)	Vorl.Nr. 396/25
---------	---	-----------------

Beschlussempfehlung:

1. Die Haushaltssatzung 2026 sowie der Haushaltsplan 2026 und die mittelfristige Finanzplanung 2025 - 2029 werden auf Grundlage des Haushaltsplanentwurfs (Vorlage 316/25) und den beigefügten Änderungsverzeichnissen beschlossen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die noch erforderlichen haushaltsneutralen Veränderungen der Teilhaushalte (z.B. interne Leistungsverrechnungen, Steuerungsumlage, Änderungen Kontenplan) vorzunehmen und in den endgültigen Haushaltsplandruck einzuarbeiten.

Beratungsverlauf:

Der **stellv. Leiter** des Fachbereiches Finanzen stellt anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist, die Vorlage vor.

Stadtrat **Haag** fragt, in welcher Höhe die Stadt finanzielle Mittel im Nachtrag zum Thema Zuweisungen Inklusion erhalten werde.

Der **stellv. Fachbereichsleiter** werde dem Gremium nachreichen, wieviel von den 89 Mio. € für Inklusion an die Stadt gehen.

OBM **Dr. Knecht** bedankt sich für die Arbeit der Fachbereiche und dem Gemeinderat, für den sehr konstruktiven gemeinsamen Umgang bei den Haushaltsberatungen.

Für Stadtrat **Prof. Vierling** stellen starke Städte und Gemeinden die Basis von Demokratie dar. Die finanzielle Stärke müsse zurückerobert werden, dafür benötige man Hilfe von Bund und Land. Der Ergebnishaushalt für 2026 sehe noch einigermaßen ordentlich aus. In den Jahren 2027 bis 2029 müsse daran gearbeitet werden, dass das Ergebnis besser werde. Investitionsspielräume müssen erarbeitet werden. Die Kreditaufnahmen bis 2029 seien beängstigend. Das Forum sei im Zahlenwerk nicht enthalten und dies stimme nicht zufrieden. Dass die Stadtbahn nicht realisiert werde, sei ein klimapolitischer Rückschlag. Investitionen zur Klimaanpassung, wie schattige und kühle Zonen, seien dringend erforderlich. Die Fraktion habe Anträge gestellt zur interkommunalen Zusammenarbeit, um die Effizienz zu steigern und eine Zweitwohnungssteuer einzuführen. Dadurch sollen mehr Anmeldungen zum Erstwohnsitz folgen und damit höhere Anteile an der Einkommenssteuer und Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich.

Stadtrat **Zeltwanger** wäre dankbar, wenn Ausfallbürgschaften ausgewiesen werden.

Stadtrat **Dr. O´ Sullivan** erwähnt, dass das Defizit gegenüber dem Vorjahr und gegenüber dem eingebrachten Haushaltsentwurf verringert werden konnte. Er habe die Hoffnung, dass das Regierungspräsidium den Haushalt 2026 ohne große Auflagen genehmigen werde.

Stadträtin **Kuhnke** schließt sich den Vorrednern an.

Stadtrat **Haag** bezeichnet den Ausblick als desaströs. Die Einmalhilfe des Landes sei nicht ausreichend.

Stadtrat **Prof. Vierling** möchte wissen, ob die zusätzlichen Investitionsmittel des Landes von 4,6 Mio. € gebunden seien.

Stadtrat **Haag** weist darauf hin, dass der Bund darauf verzichtet habe den Ländern und Kommunen die Zusätzlichkeit aufzuerlegen. Dies sei die Vereinbarung mit den kommunalen Verbänden gewesen. Die Stadt könne mit einer entsprechenden Maßnahme die 50 Mio. € auch in einer Summe abrufen.

Stadtrat **Dogan** fragt, ob der Haushalt ohne die 4,6 Mio. € nicht genehmigt worden wäre.

Stadtrat **Raasch** fragt nach dem Unterschied zwischen einer Ausfallbürgschaft und den Rückstellungen fürs Blühende Barock.

Stadtrat **Dogan** interessiert, ob sich an dem Investitionszuschuss etwas verändere, wenn von den ca. 1100 Kommunen diesen nicht abrufen.

Der **stellv. Fachbereichsleiter** führt aus, dass die Ausfallbürgschaften dem Regierungspräsidium angezeigt werden müssen und dem Gremium zur Verfügung

gestellt werden. Die vom Land bereitgestellten 50 Mio. € könnten auf einmal abgerufen werden, durch Maßnahmen, die im Jahr 2025 begonnen und durch Rechnungen nachgewiesen werden. Bei dem Vergleich zu den Tilgungen sei zu beachten, dass es um das Erwirtschaften aus dem laufenden Betrieb (Einzahlungen und Auszahlungen) gehe. Der Investitionszuschuss von 4,6 Mio. € zähle nicht dazu. Bei Inanspruchnahme einer Ausfallbürgschaft müsse diese finanziert werden. Bis ins Jahr 2000 sei es bei der Stadtverwaltung zu keiner Inanspruchnahme einer Ausfallbürgschaft gekommen. Rückstellungen werden gebildet, um später abgerufen zu werden. Die Mittel, die über den Bund an das Land weitergegeben wurden, werden über Budgets an die Kommunen verteilt. Mehr als das zustehende Budget könne bis 2036 nicht abgerufen werden.

Nach erfolgter Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** vorberatend für den Gemeinderat über die Vorlage abstimmen. OBM Dr. Knecht schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Wirtschaftsausschusses.

Beschlussvorschlag:

1. Der Erweiterte Beteiligungsbericht der Stadt Ludwigsburg wird nur den Pflichtangaben entsprechend erstellt.
2. Ein Antrag auf Befreiung von den Regelungen des Erweiterten Beteiligungsberichts nach dem Kommunalen Regelungsbefreiungsgesetz wird begrüßt.

Beratungsverlauf:

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

TOP 3

TOP BATEL

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe separates Protokoll vom Betriebsausschuss Tourismus & Events.

TOP 4

TOP BATEL

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe separates Protokoll vom Betriebsausschuss Tourismus & Events.

TOP 5

TOP BATEL

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe separates Protokoll vom Betriebsausschuss Tourismus & Events.